

Unverkäufliche Leseprobe



Marie-Carin von Gumpenberg
Der Kaukasus

Geschichte – Kultur – Politik

2018. 301 S., mit 10 Abbildungen

ISBN 978-3-406-72575-3

Weitere Informationen finden Sie hier:
<https://www.chbeck.de/24093140>

© Verlag C.H.Beck oHG, München



Mit seinen bedeutenden Öl- und Gasvorkommen sowie seinen wichtigen Transit-Pipelines hat der Kaukasus eine herausragende strategische und sicherheitspolitische Bedeutung für Europa. Das macht ihn zum Zankapfel und zur Krisenregion. Darüber vergisst man allerdings oft seine reiche Kultur und große landschaftliche Schönheit. Namhafte Experten beleuchten in diesem Buch Armenien, Aserbaidschan und Georgien, die russischen Regionen im Nordkaukasus (Tschetschenien, Dagestan, Inguschetien) sowie die Nachbarstaaten Türkei und Iran. Die großen Konfliktregionen – Abchasien, Süd-Ossetien, Berg Karabach sowie Tschetschenien – werden ausführlich historisch und politisch beschrieben. Mit seinen Länder-, Konflikt- und Kulturanalysen bietet das Buch einen umfassenden und einmaligen Einblick in die «Krisenregion» Kaukasus.

Die Herausgeber:

Marie-Carin von Gumpenberg, Politikwissenschaftlerin, war zehn Jahre bei der OSZE tätig, darunter von 2005 bis 2009 bei der OSZE in Georgien. Seit 2012 arbeitet sie als Gutachterin, Evaluatorin und Trainerin.

Udo Steinbach war von 1976 bis 2006 Direktor des Deutschen Orient-Instituts in Hamburg; seit 2012 verantwortet er die Projekte am Governance Center Middle East/North Africa der HUMBOLDT-VIADRINA Governance Plattform.

Marie-Carin von Gumpenberg
Udo Steinbach (Hrsg.)

Der Kaukasus

Geschichte – Kultur – Politik

3., neubearbeitete Auflage

C.H.Beck

Mit 11 Karten (© cartomedia, Karlsruhe)

Die Herausgeber sind sich bewusst, dass kein System der Umschrift kaukasischer Namen oder Begriffe alle Leser auf diesem Gebiet zufriedenstellen wird. Den Herausgebern war es vor allem wichtig, die Lesbarkeit dieses Buches für den interessierten Laien zu gewährleisten.

Originalausgabe
3., neubearbeitete Auflage. 2018

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2018
Satz: C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen
Druck u. Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen
Umschlagentwurf: malsyteufel, Willich
Printed in Germany
ISBN 978 3 406 72575 3

www.cbbeck.de

Inhalt

Vorwort zur 3. Auflage

Die Länder

Armenien – Überleben am Fuße erloschener Vulkane	13
Aserbaidshan – Machtpoker um Petrodollars	33
Georgien – ein Land auf EU-Kurs	48
Nordkaukasus – Porträt einer spannungsreichen Region	67
Iran – die selbstbewusste Regionalmacht	86
Türkei – Politik in historischem Hinterland	97

Die Konflikte

Abchasien – Kämpfe um den schönsten Teil der Schwarzmeerküste	111
Berg Karabach – Krieg um den «schwarzen Garten»	123
Der ungelöste Konflikt um Süd-Ossetien	137
Krisenregion Nordkaukasus – Ursachen, Akteure, Perspektiven	150
Internationale Organisationen – Hemmschuh oder Motor für eine Konfliktlösung im Südkaukasus?	167
Die Seidenstraße der Energie – Poker um eine strategische Drehscheibe	183

Die Kulturen

Ethnische Vielfalt – Wahrnehmung und Fakten	200
Der «Berg der Sprachen» – die Sprachenvielfalt im Kaukasus	217
Kunsttradition, Minnesang und Heldenepik	230
Religionen – Identitätsstiftung, Abgrenzung und Gemeinschaftsbildung	246
Politische Kultur: Autoritäre Herrscher – pragmatische Loyalitäten	264
Rechtsbewusstsein und Rechtsverständnis	276

Autoren	291
Abkürzungen	294
Register	296

Vorwort zur 3. Auflage

Als 2010 das Kaukasus-Buch erstmalig erschien, verband Verlag, Herausgeber und Autoren der Wunsch, diesen bis dahin kaum bekannten und erschlossenen Teil der europäischen Nachbarschaft einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Tatsache, dass das Buch nun eine 3. Auflage erfährt, zeigt, dass dem Kaukasus steigende Aufmerksamkeit entgegengebracht wird. Das gilt in politischer, wirtschaftlicher, kultureller und nicht zuletzt touristischer Hinsicht.

Den Kaukasus mit *einem* Begriff zu definieren, ist nicht nur schwer, es ist unmöglich. Die historischen, kulturellen, wirtschaftlichen, religiösen, ethnischen und nicht zuletzt politischen Schichten, die in dieser Region nördlich und südlich des Großen Kaukasus einander überlagern und durchdringen, sind zu facettenreich und komplex, als dass man sie auf einen gemeinsamen Nenner bringen könnte. Wollte man den Kaukasus, von Norden her betrachtet, als eine «natürliche» Grenze «russischen Einflussgebietes» ansehen, so bildete der Süden schon früh eine «Transitregion» mit überregionaler Bedeutung.

Ein – wenn auch weniger intensiv genutzter – Zweig der Seidenstraße führte durch das heutige Aserbaidschan und Georgien ans Schwarze Meer. An der Küste des von den Griechen «Pontos Euxenos» (gastfreundliches Meer) genannten Gewässers erreichten die Karawanen Europa. Bereits früh siedelten griechische Kolonisten, oft Händler, an der Küste des heutigen Abchasiens und Adschariens in Kolchis. Dioskuras, das heutige Suchumi, war schon in der Antike ein florierender Hafen, aber auch gefürchtetes Exil für in Ungnade gefallene Intellektuelle sowohl der griechischen als auch später der römischen Antike.

Der Süden des Kaukasus war in der uns heute bekannten Geschichte immer wieder den Zu- und Übergriffen der benachbarten Mächte und Reiche nebst ihren kulturellen Traditionen und religiösen Vorstellungen ausgesetzt. Neben den unmittelbaren Nachbarn, dem Osmanischen Reich im Westen und Persien im Osten, versuchten im Mittelalter zentralasiatische (Timur/Tamerlan) oder mongolische (Dschingis Khan) Potentaten ihren Einfluss auf die Region am Fuße des Kaukasus geltend zu machen. Eine Tradition, die von den

kolonialen Großmächten im 19. Jh. (Russland, Großbritannien), später dann von der Sowjetunion fortgesetzt wurde und nicht weniger konfliktreich bis in das gegenwärtige 21. Jh. (Russland, USA, Europa) reicht.

Fehlwahrnehmung oder spezifisches Teilwissen dominierten die Sicht auf den Kaukasus in Europa, in Amerika, aber auch in Russland. Die Perzeption als «ständige Krisenregion» (Stichwort Tschetschenien) hat in der Tat medienvermittelte und medienwirksame und mithin auch politische Realität erlangt. Im selben Maße ist die Wahrnehmung des Kaukasus als ein «Konflikte produzierendes Völkergemisch» eine Einschätzung, die schnell den Blick auf die Wirklichkeit verstellt. Berichte von Blutrache, grausamen Sippenfehden oder einer viele Wirtschaftsbereiche dominierenden «kaukasischen Mafia» runden in manchen Darstellungen ein Bild ab, das die reiche Wirklichkeit dieser Region hinter solchen Stereotypen versteckt.

Dem Wechsel der Mächte in dieser Region steht jedoch eine relativ ungebrochene innere Entwicklung gegenüber. Die endogene Kontinuität der kaukasischen Sprachen, Völker und Traditionen legt davon beredtes Zeugnis ab. Ein signifikantes Beispiel dafür stellt das trotz aller Anfechtungen seit über 1500 Jahren praktizierte und gelebte Christentum dar, wenn man von Teilen Aserbaidschans und des Nordkaukasus absieht, die eine reiche islamische Tradition haben.

Eine Stadt wie Tbilisi, gleichsam an der Scheide zwischen diesen Welten liegend, offenbart und bewahrt bis heute diese kulturell produktive Mittelstellung. In dieser Stadt, die auf ihre lange Tradition in Toleranz gegenüber den Religionen und Völkern stolz ist, zeigt sich aber auch, dass unser Denken – geübt im «Entweder-oder» – kaum eine Antwort auf die Frage finden dürfte, ob hier nun Asien oder Europa sei. Der Kaukasus stellt insofern eine lebendige Synthese beider Hemisphären dar.

Das vorliegende Buch wendet sich dem Kaukasus weder als reiner Krisenregion noch als ausschließlich kulturetogeographischer Region zu, sondern ist um einen integrierten Ansatz bemüht: Nach der Darstellung der *Länder* im ersten Teil werden im zweiten Abschnitt die zahlreichen *Konflikte* und konfliktträchtigen Konstellationen analysiert. Der dritte Teil schließlich wendet sich den *Kulturen* der Länder zu, die zu oft in der öffentlichen Wahrnehmung des Kaukasus ausgeblendet werden: Literatur, Musik, Sprachen, der Vielfalt der Völker, dem traditionellen Rechtsverständnis sowie den religiösen Einflüssen und der politischen Kultur.

Die einzelnen Texte liefern zum Teil historische Längsschnitte aus einzelnen Fachgebieten, aber auch Analysen gegebener Themenkomplexe als aktuelle Querschnitte. Die Länderanalysen sind so konzipiert, dass sie das jeweils notwendige regionale und historische Vorverständnis für den dann folgenden Abschnitt über die Konflikte bieten. Oft sind diese Konflikte konstituierend für die Geschichte der Länder. Es ist ein Verdienst der Autoren, in diesem Buch ein stimmiges Gesamtbild zu vermitteln und somit dem Vorurteil zu begegnen, die «Lebensregion» Kaukasus sei mit der «Konfliktregion» gleichzusetzen. Denn den Herausgebern war es ein besonderes Anliegen, den Kaukasus in seinem ganzen Facettenreichtum zu zeigen, aber auch die politischen und wirtschaftlichen (Global-)Interessen, die das alltägliche Leben der Menschen in dieser Region heute stärker denn je betreffen, nicht aus dem Blick zu verlieren.

Die gegenwärtige Situation im Kaukasus muss als ein Resultat aus mehreren «Vektoren», Ereignissen und (natürlichen) Gegebenheiten, betrachtet werden, die sich zum Teil wechselseitig beeinflussen und in die immer noch wirksame historische Entwicklungslinien hineinragen.

Die großen «Spieler im Kaukasus» sind ohne Zweifel die beiden Großmächte Russländische Föderation und USA. Die Rollen, die beide im Kaukasus spielen, wurden durch den Fünftagekrieg zwischen Georgien und Russland im August 2008 deutlich erkennbar. Die USA konnten den Krieg nicht verhindern, wollten aber auch nicht gegen Russland eingreifen. Auch wenn die amerikanische Politik der *Kontrolle durch Stabilität* mit Blick auf diesen Krieg gescheitert zu sein schien, hat sich doch an diesem Kurs seither nichts Grundsätzliches geändert. Die Einflussnahme durch politisches Protegieren, wirtschaftliche Hilfe und das Versprechen der Einbindung, z. B. Georgiens, in westliche Sicherheitsstrukturen ist Ausdruck einer breit angelegten Außenpolitik gegenüber dem Südkaukasus. Die russische Sicht der Dinge ist eine andere. Die Russländische Föderation ist zum einen an einer *Stabilität durch Kontrolle* im Nordkaukasus interessiert, sucht aber andererseits den amerikanisch-westlichen Einfluss im Süden zu begrenzen. Ihre Politik der «kontrollierten Instabilität» ist zudem immer noch von einem Phänomen gekennzeichnet, das in der Literatur häufig mit dem Begriff des «postkolonialen Phantomschmerzes» bezeichnet wird. Von dieser Situation legte der Krieg zwischen Russland und Georgien im Sommer 2008 beredtes Zeugnis ab.

Einen weiteren «Spieler» stellt die Europäische Union dar. Sicherheitspolitisch bemüht sich die EU um einen weitgehenden Schulterschluss mit den USA. In abgestimmter Form setzt sie den Schwerpunkt ihrer Politik auf ökonomische und infrastrukturelle Entwicklung. Projekte und Programme wie die *Europäische Nachbarschaftspolitik* (ENP) oder *Eastern European Partnership* (EEP) sind wichtige Instrumente der wirtschaftlichen Anbindung an Europa. Der EU ist strategisch an einer *Stabilität durch Partnerschaft* im Kaukasus gelegen. Sie hat, allein aufgrund der geopolitischen Nähe, ein vitales Interesse an einer guten Nachbarschaft mit Russland.

Das politische Handeln der EU ist wesentlich von den Zielen ihrer Energie-Außenpolitik geprägt. Die Versorgung der EU mit fossilen Bodenschätzen aus der Kaspischen Region und dadurch die größere Unabhängigkeit von Russland sind Ziele ehrgeiziger Pipeline-Projekte, die – durch die Türkei und den Balkan bis Österreich führend – die Kaspische Region an Mitteleuropa anbinden sollen. Bereits seit 2006 bzw. 2007 transportieren Pipelines Öl und Gas von Baku über Tbilisi nach Ceyhan (BTC-Pipeline) bzw. nach Erzurum (South Caucasus Pipeline) in die Türkei. Der Türkei kommt hier eine entscheidende Rolle als Transitpartner und sicherheitspolitischer NATO-Partner für die Region zu.

Auch die Rolle Russlands gilt es hier zu beachten. Die von dem russischen Energiekonzern Gazprom gebaute Gaspipeline «Blue Stream» liefert schon seit 2003 Gas an die Türkei und von dort aus weiter in den Nahen Osten, aber auch nach Südeuropa. Weitere Pipeline-Projekte zwischen Russland und der Türkei sind geplant oder bereits im Bau. Sie sollen die sibirischen Gasfelder durch das Schwarze Meer mit Griechenland und Mitteleuropa verbinden. Russland versucht hier eindeutig, die europäische Ressourcenpolitik zu unterlaufen.

Der Krieg im Sommer 2008 offenbarte aber auch die andere Dimension des Kaukasus, der nach wie vor eine Krisenregion ist. Russlands Politik der «kontrollierten Instabilität» in den Regionen Süd-Ossetien und Abchasien war ein nicht unwesentlicher Beitrag zum Gewaltausbruch im August 2008. Mit dieser Politik hat Moskau zwar verhindert, dass Georgien in die NATO aufgenommen wird, und neue Fakten geschaffen: Es hat Süd-Ossetien und Abchasien als völkerrechtlich souveräne Staaten anerkannt – ein Schritt, dem jedoch kaum ein anderes Land gefolgt ist. Georgien hat seither einen Schub der Demokratisierung erfahren, der das Land stärker als die beiden anderen südkaukasischen Staaten der EU angenähert hat.

Blickt man in die Nachbarrepubliken Armenien und Aserbaidschan, so zeigen sich gänzlich andere Hauptmerkmale der Entwicklung. Aserbaidschans Zukunft ist durch die Rohstoffe Öl und Gas wesentlich bestimmt. Der Besitz großer fossiler Brennstoffvorkommen und der Energiehunger der westlichen Staaten werden für die kommenden Dekaden die Grundlage des Interesses an diesem Land sein. Dabei wird es darauf ankommen, wie die Rohstoffvorkommen verteilt und genutzt werden. Der starke Rückgang der Rohstoffpreise hat gezeigt, dass die Bäume der wirtschaftlichen Entwicklung nicht mehr in den Himmel wachsen. Die politischen Entwicklungen werfen ein eher problematisches Licht auf diese Zukunft. Zu sehr ist die politische Klasse des Landes schon in die Nähe einer sich dynastisch fortsetzenden Oligarchie geraten. Die Bemühungen, die Einnahmen aus dem Ölgeschäft der gesamten Gesellschaft zukommen zu lassen oder wenigstens den allgemeinen sozialen Standard zu heben, sind noch wenig entwickelt.

Armenien – das «Land der Steine» – ist hingegen nach wie vor fest an Russland gebunden. Eine Emanzipation aus den alten ökonomischen Abhängigkeiten ist nicht festzustellen. Weite Teile der Infrastruktur sind in russischem Besitz oder unter struktureller Kontrolle der kremlnahen Wirtschaft. Die als extrem schwierig einzuschätzenden Beziehungen zum großen Nachbarn Türkei und der Dauerkonflikt mit Aserbaidschan verstärken die prekäre Situation des Landes. Grund für die westlichen Staaten, Großinvestitionen in die Öl- und Gaspipelines an Armenien vorbei zu planen, auch wenn die Pipelinerroute über das Territorium Georgiens viel länger und aufwendiger ist. Dass die Bevölkerung mit der Situation im Lande unzufrieden ist, zeigte sich bei den Demonstrationen im Mai 2018.

Der andere große Nachbar «Hajastans» (so die armenische Bezeichnung), Iran, bietet wenigstens kurz- und mittelfristig keine weiterführenden wirtschaftlichen Perspektiven. Auch wenn es partnerschaftliche Abkommen über den Güter- und Warenverkehr gibt und der Iran Armenien mit Energie (Gas) beliefert, so sind die Hürden zwischen dem persischen Gottesstaat und dem urchristlichen Armenien in vielerlei Beziehung hoch angesetzt. Der Konflikt der westlichen Welt mit Iran leistet keinen unmittelbaren Beitrag zur Verbesserung dieser Beziehungen. Um die zukünftigen Möglichkeiten Armeniens steht es jedoch nicht schlecht: Auch unter der russischen Kontrolle könnten eine Aussöhnung mit der Türkei, eine Lösung des Konfliktes um Berg Karabach und eine Kontinuität der gutnachbar-

schaftlichen Beziehungen zu Georgien dieses Land in eine Position bringen, an den positiven Zukunftsaussichten, die diese Region auch hat, teilzuhaben.

Natürlich ist den Herausgebern bewusst, dass auch eine solche Übersicht über die Länder, Konflikte und Kulturen nur einen Ausschnitt aus der ganzen Lebenswelt des Kaukasus wiederzugeben in der Lage ist.

Die Herausgeber des Buches möchten sich an dieser Stelle bei denen bedanken, die einen Beitrag zu diesem Lesebuch über den Kaukasus geleistet haben. Alle sind Wissenschaftler und Experten, die sich viele Jahre intensiv mit dieser Region beschäftigt haben und zum Teil dort leben und arbeiten.

Ein ganz ausdrücklicher Dank gilt dem Verlag C.H.Beck in München für die Bereitschaft, das Buch in einer überarbeiteten Auflage der wachsenden Gemeinde von am Kaukasus Interessierten erneut zugänglich zu machen.

München und Berlin im Juni 2018

*Marie-Carin von Gumpfenberg
Udo Steinbach*

Die Länder

Armenien – Überleben am Fuße erloschener Vulkane

Staatsname	Republik Armenien (Hajastani Hanrapetutjun)
Fläche	29 800 km ²
Hauptstadt	Jerewan (russ.-pers. Eriwan)
Einwohnerzahl	2017: 3,04 Mio. (geschätzt)
Bevölkerungswachstum	2017: -0,21 % (geschätzt)
Netto-Migrationsrate	2017: -5,7 per 1000 Einwohner (geschätzt)
Ethnien/ethno-religiöse Gruppen	2011: 98,1 % Armenier, Jesiden (Êzîdî) 1,2 %, Russen 0,39 %, andere 0,31 % (Assyrer, Griechen, Georgier, Juden u. a.)
Amtssprache	Armenisch
Religionszugehörigkeit	Zensus 2011: 94,7 % christliche Bevölkerung, davon Armenisch-Apostolische Kirche 97,7 %, Evangelikale 1,02 %, Katholiken 0,5 %; russische Altgläubige, Griechisch-Orthodoxe, Assyrische Kirche zus. ca. 0,7 %; Jesiden, Juden
Währung	Dram (AMD)
BIP pro Einw.	2016: 8600 USD
Staatsoberhaupt	Präsident Armen Sargsjan (seit April 2018)
Corruption Perception Index (CPI)	2017: Platz 107 von 180 Staaten (aufsteigend)
Fragile States Index (FSI)	2017: Platz 102 von 178 Staaten (absteigend)
GINI Index (Einkommensverteilung)	2014: 31,48 (max. 100 = max. Ungleichheit)
Human Development Index (HDI)	2015: Platz 84 von 179 Staaten (absteigend)
Democracy Index (Economist Intelligence Unit)	2016: 3,88 Punkte von 10 Punkten (autoritäres Regime)

Geographie und Demographie Flächenmäßig dem Bundesland Brandenburg vergleichbar, erstreckt sich Armenien als kleinste südkaukasische Republik zwischen dem Kleinen Kaukasus im Norden, der Araratsenke im Südwesten und dem Mittellauf des iranisch-armenischen Grenzflusses Arax im Süden. Im Ergebnis des Krieges in und um Berg Karabach bildet seit 1993 ein Teil der einstigen Ostgrenze mit Aserbaidshan eine armenische Binnengrenze. Administrativ gliedert sich Armenien in elf Provinzen einschließlich der Landeshauptstadt.

Mit einer mittleren Höhe von 1800m stellt Armenien ein ausgeprägtes, stark verkarstetes Bergland dar. Das gebirgige Terrain und die Wasserarmut schränken Acker- und Obstbau trotz regional fruchtbarer Böden – Schwarzerde in der nördlichen Hochebene von Schirak, Vulkanböden in der Araratniederung – stark ein. An Bodenschätzen besitzt das Land Kupferoxide, Molybdän, Eisen und Gold, ferner Uran, Bauxit, Silber, Blei, Zink und verschiedene Halbedelmetalle. An Gesteinsarten werden außer Marmor vor allem die vulkanischen Gesteine Basalt und Tuff abgebaut.

Die Siedlungsdichte des stark urbanisierten Landes ist in der Aratebene mit der Hauptstadt Jerewan am höchsten (2017: nominell 1,2 Mio. Einwohner; de facto: 1,07 Mio.); im Landesdurchschnitt betrug sie 2017 106 Personen pro km². Bereits zur Sowjetzeit war Armenien fast monoethnisch. Diese Tendenz haben die postsowjetischen Migrations- und Vertreibungsprozesse noch verstärkt.

Historische Grundzüge Die zentrale Lage des *Armenischen Hochlandes* zwischen den benachbarten Hochplateaus Irans und Anatoliens, der Mesopotamischen Tiefebene sowie den von alten Verkehrs- und Heerstraßen durchzogenen Senken der Flüsse Kura (georg. Mtkwari, aserb. Kür) und Arax brachte Armenien Handelsvorteile, setzte es aber auch Übergriffen benachbarter Großmächte aus. Die lang anhaltenden Vormachtkämpfe verheerten das Land und erschwerten die Bildung gesicherter und dauerhafter Staatlichkeit. Der bis 1915 noch sehr ausgedehnte Siedlungsraum im nördlichen Vorderasien erstreckte sich vom Kleinen Kaukasus bis zum Mittellauf des Euphrat über große Teile der jetzigen Osttürkei, unter Einschluss der Region Urmia (Iran).

An der Ethnogenese der Armenier (6.–2. Jh. v. Chr.) waren neben autochthonen kleinasiatischen sowie südkaukasischen Volksgruppen auch indoeuropäische Ethnien, namentlich Luwier, beteiligt. In den



Bewohnern des ersten dauerhaften Staates im Armenischen Hochland, dem spät-churritischen Königreich Biainili (9.–6. Jh. v. Chr.), erblicken armenische Wissenschaftler das unmittelbare Vorgängervolk der im 6. Jh. v. Chr. erstmals unter der griechischen Fremdbezeichnung als «Armenoi» erwähnten Armenier. Das Armenische Hochland stand im 2.–1. Jahrtausend v. Chr. im Schatten der Hethiter, später der Assyrier.

Die vom altpersischen Großreich und dem Imperium Romanum eingeleitete Ost-West-Spaltung setzte sich als arabisch-byzantinischer, persisch-osmanischer sowie russisch-osmanischer Antagonismus fort. Viermal wurde das umstrittene Durchgangsgebiet geteilt: 387 und 591 zwischen Ost-Rom (Byzanz) und Iran, 1555 und 1639 zwischen dem Osmanischen Reich und Iran. Im Oktober 1827 verlor der Iran die Chanate Nachitschewan und Jerewan an das Russische Reich.

Zermürbende Kämpfe zwischen dem Stammesadel und dem Königtum erschwerten die Bildung eines souveränen Zentralstaats. Beginnend mit den als Statthalter der Meder und Perser über Armenien herrschenden Jerwandiden (570–201 v. Chr.) regierten Könige aus den Dynastien der Artaschiden (189–1 v. Chr.), Arsachakiden (54–386 n. Chr., bis 428 n. Chr. in Ostarmenien), Bagratiden (885–1045) und Artsruni (908–1021 in Van, bis 1026 in Sebastia), und dies nur in Schwächeperioden der Hegemonien unabhängig. Am erfolgreichsten bei der Vereinigung armenischer Siedlungsgebiete erwies sich Tigran II. d. Gr. Artaschjan (95–55 v. Chr.), unter dessen Herrschaft Armenien um das Jahr 70 v. Chr. seine größte Ausdehnung erlangte, unter Einschluss Kilikiens und Nordsyriens.

Als politische und wirtschaftliche Zentren hatten sich bereits in der Frühgeschichte die fruchtbaren Ebenen von Schirak und Van herausgebildet. Im Mittelalter entstanden in Schirak Residenzen der Bagratiden und in Waspurakan unter der Herrschaft der Artsruni eine Residenz auf der Insel Achtamar im Van-See. Angehörige der Bagratiden (Kars, Ani) gründeten nach dem Untergang des nordarmenischen Reiches von Schirak unter dem Schutz der benachbarten Kreuzfahrerstaaten und außerhalb des eigentlichen Siedlungsraumes in Kilikien einen vom Transithandel prosperierenden armenischen Kleinstaat (1080–1375). Mit seiner Eroberung durch die Mameluken (1375) verlor Armenien mit Ausnahme weniger Rand- und Rückzugsgebiete – vor allem Karabach (armen. Arzach) ist hier zu nennen – vollständig seine Eigenstaatlichkeit.

Erst Ende Mai 1918 entstand als Zerfallsprodukt des russischen Zarenreiches bzw. des Scheiterns der Transkaukasischen Föderation (gegr. April 1918) eine kurzlebige erste Republik Armenien, die sich aber schon Ende 1920 angesichts einer erneuten türkischen Militärintervention gezwungen sah, die Staatsgewalt einem prosowjetischen Revolutionskomitee zu übergeben, in der Hoffnung, die Sowjets würden sich im Vergleich zu den türkischen Eroberern als das geringere Übel erweisen.

Die armenische Kirche – Kristallisationspunkt nationaler Identität Die Annahme des Christentums als Staatsreligion um das Jahr 301 hat die Kultur und Geschichte Armeniens über Jahrhunderte stark geprägt. Die von Beginn an autokephale *Heilige Armenisch-Apostolische Rechtgläubige Kirche* stand zunächst in enger Gemeinschaft mit der Syrisch-Orthodoxen Kirche. Auf dem Ökumenischen Konzil von

Chalcedon stritt die Christenheit 451 darum, ob sich die göttliche und menschliche Natur zu einer einzigen bzw. einigen (Monophysitismus) verbunden hätten oder «unvermischt» und «ohne gegenseitige Durchdringung» geblieben seien, wie es die byzantinische Reichskirche durchsetzte. Die Armenier vertraten einen moderaten Monophysitismus (wie auch Kopten, Syrer und Äthiopier). Dieser Streit spaltete die Christenheit im Ergebnis des Konzils von Chalkedon 451 in zwei Lager. Die Folgen reichen bis in die Neuzeit. So blieb der armenischen Kirche die Einverleibung durch die Russisch-Orthodoxe Kirche erspart. Gleichzeitig führte das theologische Zerwürfnis mit Byzanz jedoch zur politischen Isolation und Konfrontation.

Über lange Geschichtsabschnitte erwies sich die Kirche Armeniens als jene mächtige Integrationsinstanz, die in Zeiten der Staatsschwäche oder der Fremdherrschaft das Volk einte und seine geistige sowie kulturelle Identität wahrte. Beide Aspekte waren ab dem 5. Jh. eng miteinander verknüpft, da die schon 433 vollendete Bibelübersetzung zur Schaffung eines bis heute verwendeten Alphabets geführt hatte; dessen 36 «heilige Buchstaben» und ihr Schöpfer, der vielseitig gebildete Mönch Mesrop Maschtoz (362–440), werden von armenischen Gläubigen tief verehrt.

Die politische Teilung des Landes wirkte sich auch auf die armenische Kirche aus. Islamische Herrscher der Mameluken und Osmanen etablierten in ihrem Machtbereich bis heute bestehende armenische Patriarchate (Jerusalem 1311, Konstantinopel 1461). Die Rückverlegung des Sitzes des armenisch-apostolischen Kirchenoberhaupts aus Sis (Kilikien) nach Etschmiadsin spaltete 1441 die Kirche in das *Hohe Haus von Kilikien* (heutiger Sitz Antelias/Beirut mit regionaler Jurisdiktion über den Nahen Osten und Teile der Diaspora in den USA) und das *Katholikat zu Etschmiadsin*, dessen Amtsinhaber als Katholikos-Patriarch aller Armenier fungiert.

Die Novelle des Religionsgesetzes von 1995 verlieh der armenischen Kirche einen privilegierten Status, den die Regierung in ihrem mit der Kirche unterzeichneten *Memorandum des gegenseitigen Verständnisses* (2000) noch ausdehnte, indem es sie zur «Nationalkirche» erklärte. Artikel 8 des Religionsgesetzes erhebt Missionierung zu einem Straftatbestand, falls die Mission mithilfe materieller Anreize, körperlichen oder psychischen Drucks sowie der Herabwürdigung anderer Glaubensrichtungen erfolgt. Die Armenisch-Apostolische Kirche selbst vermeidet traditionell jede Form von Mission und parteilicher Politik, wird aber gern von der politischen Führung vor-

geschoben, um in der Bevölkerung kraft ihrer moralischen Autorität für bestimmte staatspolitische Ziele zu werben. In Fragen der Ehe- und Geschlechterpolitik sowie der Moral und Sexualität nimmt sie eine konservative Haltung ein.

Der schwierige Weg zur Demokratie Als territorial kleinste von 15 sowjetischen «Schwesterrepubliken» musste das politisch in Moskau einflusslose Armenien 1921 nicht nur willkürliche Gebietsabtrennungen von 20 000 km² zugunsten Georgiens und vor allem Aserbaidschans hinnehmen, sondern erlitt während der Zwangskollektivierung (1929–1936), der stalinistischen «Säuberungen» sowie des 1947 vom Ministerrat der UdSSR beschlossenen armenisch-aserbaidschanischen Zwangsumtauschs der Bevölkerung (1948–1953) weitere Deportationen. Allein während der «Säuberungen» (1936–1939) wurden 300 000 Sowjetarmenier, darunter etwa 2000 Geistliche einschließlich des Katholikos Choren I. Muradbekjan, ermordet oder zu Verbannung und Zwangsarbeit verurteilt.

Die von der sowjetarmenischen Regierung vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg betriebene und von Moskau geduldete Zuwanderung («Repatriierung») von 522 000 Armeniern aus dem Ausland sowie anderen Sowjetrepubliken beförderte die Monoethnisierung des Landes. Die etwa 300 000 während des Ersten Weltkrieges aus dem Osmanischen Reich in den Südkaukasus geflüchteten sowie aus anderen Ländern «repatriierten» Armenier wurden als vermeintliche «Nationalisten» bis zu Stalins Tod (1953) überproportional Opfer von Tötungen und Zwangsumsiedlungen.

Als schwerste sowjetische Hypothek übernahm die zweite Republik Armenien den Konflikt um Berg Karabach, dessen armenische Mehrheitsbevölkerung ihren völkerrechtlich fragwürdigen Zwangsanschluss an die Sowjetrepublik Aserbaidschan (1921) niemals akzeptiert hatte. Auch nach dem Waffenstillstand Aserbaidschans mit der Führung Berg Karabachs (1994) scheiterte eine Friedenslösung am weitgehenden Ausschluss Karabachs als gleichberechtigtem Verhandlungspartner, an den diametral entgegengesetzten Interessen Armeniens und Aserbaidschans sowie an dem Vorbehalt der Bevölkerung beider Seiten gegenüber undurchsichtigen Verhandlungen.

Neben Litauen und Georgien übernahm Armenien seit Mitte der 1980er Jahre die Führung im antisowjetischen Loslösungsprozess. Der Übergang Armeniens in die Unabhängigkeit (September 1991) stand unter dem Eindruck von Gewalterfahrungen. Die Pogrome an

armenischen Minderheiten im aserbaidshanischen Sumgait (Februar 1988), Kirowabad (heute: Gändschä; November 1988) und Baku (Januar 1990) sowie der Beginn der aserbaidshanischen Blockade im September 1989 wurden als Fortsetzung einer traditionell armenierfeindlichen Politik gedeutet.

Der Karabach-Konflikt hat zwar große Teile der armenischen Eliten vereint, besitzt aber auch das Potential zur Polarisierung, da er für alle Beteiligten die wichtigste Referenzgröße darstellt: Ein Großteil der derzeitigen politischen Parteien und Akteure verdankt ihren Aufstieg der irredentistischen und in Armenien zugleich antisowjetisch geprägten Karabachbewegung aus der Endphase der Perestrojka 1987–1990. Die zeitweilige Bereitschaft des damaligen Präsidenten Lewon Ter-Petrosjans, Aserbaidshan auf Kosten Berg Karabachs Zugeständnisse zu machen, bewirkte 1998 dessen Rücktritt. Auch in den 2010er Jahren hielt sich in Armenien kein Politiker, der nicht am Grundsatz der Eigenstaatlichkeit oder mindestens der Selbstbestimmung Berg Karabachs festhielt. Eine förmliche Anerkennung oder gar die Angliederung Berg Karabachs wagte die politische Führung der Republik Armenien mit Rücksicht auf die internationale Gemeinschaft indessen bis heute nicht zu vollziehen.

Wie die übrigen postsowjetischen Staaten entwickelte auch Armenien zunächst ein ausgeprägtes Präsidialsystem. Der alle fünf Jahre direkt gewählte Staatsherr ernannte bisher den Regierungschef sowie die Gouverneure der elf Provinzen, vier der neun Richter des nur de jure unabhängigen Verfassungsgerichts sowie alle Richter an regionalen Gerichten. Der Präsident bestimmte ferner die Außen- und Verteidigungspolitik.

Institutionell ist Armenien geprägt von einer dominanten Exekutive (Präsident, Premierminister), einem gefügigen Justizwesen sowie einem ineffektiven und wenig bedeutsamen Einkammerparlament (Nationalversammlung). Nach einer Verfassungsänderung im Dezember 2015 leitete Armenien den Umbau zu einer dezentralisierten parlamentarischen Demokratie ein, in der ein parteiunabhängiger Präsident vom Parlament für eine einmalige Amtszeit von sieben Jahren gewählt wird. Als Nachfolger von Sersch Sargsjan wurde im März 2018 der bisherige armenische Botschafter in London, Armen Sargsjan (übrigens kein Verwandter von Sersch Sargsjan), gewählt.

Sersch Sargsjan gelang es nicht, im Putin'schen Stil, d. h. mit austauschbaren Rollen zwischen Präsident und Regierungschef, durchzuregieren. Der *Jelk*-Abgeordnete Nikol Paschinjan (geb. 1975), ein

ehemaliger Aktivist für den ersten Präsidenten, Lewon Ter-Petrosjan, konnte während dreiwöchiger Massenproteste einen derartigen öffentlichen Druck aufbauen, dass er trotz der bisherigen Bedeutungslosigkeit seiner Fraktion im Mai 2018 als einziger Kandidat von der Nationalversammlung zum Regierungschef (und damit auch Befehlshaber der Streitkräfte) gewählt wurde. Mit Nikol Paschinjan vollzieht sich eine Umstrukturierung der Macht: Die karabach-armenischen Klane werden zugunsten der «indigenen» Klane verdrängt.

Demokratisierung und politische Reformen sind durch die schwache Legitimation der politisch Verantwortlichen, den hohen Anteil der informellen Wirtschaft (1991–2015 durchschnittlich 43,6% des BIP), Korruption und Ämterkauf sowie die engen Verflechtungen zwischen Staatsbürokratie, Geschäftswelt und organisiertem Verbrechen behindert. Fehlende Rechtssicherheit resultiert auch aus fehlender Transparenz und Rechenschaftspflicht auf allen Ebenen. Wirtschaftliche Privilegien werden erteilt, um die Gefolgschaft lokaler oder regionaler Machthaber zu sichern bzw. zu erhalten. Staatsbediensteten werden weitreichende Abschöpfungsmöglichkeiten in den wichtigen Industriezweigen verschafft.

Das Gesetz verbietet Regierungsmitgliedern und Parlamentariern eigentlich die Beteiligung an Finanzgeschäften; es wird dadurch umgangen, dass deren Angehörige als Strohleute fungieren. Diverse Parlamentsangehörige, darunter Minister, besitzen Lizenzen zur Ausbeutung von Bodenschätzen bzw. haben diese an ausländische Betreiber weiterverkauft. Etwa 40 Oligarchen kontrollieren nicht nur die gesamte Wirtschaft einschließlich Bergbau und Bankwesen, sondern genießen de facto Immunität vor strafrechtlicher Verfolgung. Armenien und seine Ressourcen sind unter ihnen in Interessenzonen und Monopole aufgeteilt. Zu Verwerfungen und Gesetzesüberschreitungen kommt es besonders dann, wenn ausländische, d. h. nichtrussische Geschäftsleute, etwa aus dem Iran oder den USA, sich gegen die einheimischen Kartelle bzw. die Statthalter russischer Geschäftsinteressen durchzusetzen versuchen. Korruption ist in allen Formen und auf allen Ebenen weit verbreitet, wobei Polizei, Gerichte und das Gesundheitswesen besonders anfällig sind.

Wie in den meisten postsowjetischen Staaten kam es auch in Armenien zur Retraditionalisierung von Geschlechterrollen und zur Verschlechterung der Situation von Frauen. Die patriarchalisch geprägte Gesellschaftsstruktur verhindert nach wie vor, dass Frauen in Entscheidungspositionen gelangen. In der armenischen Politik sind

sie deutlich unterrepräsentiert, trotz ihres formal hohen Bildungsstandes (60% der Studierenden sind Frauen) und trotz einer im Wahlgesetz vorgeschriebenen Quote von 20% bei der Aufstellung der Parlamentskandidaten. In der Nationalversammlung betrug der Frauenanteil von 2012 bis 2016 nur 10,7%; bei den Parlamentswahlen von 2017 stieg er auf 17% (18 Sitze), bleibt aber weiterhin unter dem europäischen Durchschnitt von 23,7%. Keiner der elf Provinzen (*marser*) steht eine Frau vor; unter den 24 stellvertretenden *marsapetner* (stellvertretende Gouverneure) findet sich nur eine Frau. Ähnliches trifft auch auf die Wirtschaft des Landes zu: Nur 20–25% der Geschäftseigner sind Frauen; ihr Anteil unter den Selbstständigen liegt bei 36%, unter den Arbeitgebern stellen sie 10%. In den Medien übertreffen männliche «Nachrichtermacher und privilegierte Sprecher» Frauen um das Sechsfache.

Der Anstieg der geschlechtsselektiven Abtreibung, die vermutlich mit der Retraditionalisierung in ursächlichem Zusammenhang steht, hat dazu geführt, dass 2015 auf 115 in Armenien geborene Jungen nur 100 Geburten von Mädchen kamen (2010: 114:100). Nach China stand Armenien 2016 weltweit an höchster Stelle geschlechtsselektiver Abtreibungen, ebenso im Bereich geschlechtsspezifischer Ungleichbehandlung bei der Gesundheitsversorgung und des Überlebens von Frauen.

Politische Parteien im Spiegel der Wahlen Die nicht mit europäischen Parteienspektren vergleichbare Landschaft postsozialistischer Parteien wird in Armenien durch Personen- statt Programmwahlen bestimmt und orientiert sich dementsprechend an den Führern politischer Parteien. Parteien entstehen durch Abspaltungen nach Zerwürfnissen oder als Elitegruppe um ein Finanzzentrum, mit dem bedenklichen Ergebnis, dass Oligarchen als «Volksvertreter» gewählt werden, denen die parlamentarische Immunität größeren Spielraum für ihre korrupten Geschäftspraktiken verleiht.

Von den über hundert registrierten Parteien sind höchstens sechs als Parlamentsparteien tatsächlich an politischen Entscheidungen beteiligt, und zwar in schnell wechselnden Wahlbündnissen und Fraktionen. Keiner der größeren Oppositionsparteien ist es bisher gelungen, eine breite Basis zu gewinnen oder ein überzeugendes Programm zu entwickeln.

Die Abstimmung über die 105 Sitze der Nationalversammlung (*Asgajin Shorow*) erfolgt seit 2017 jeweils zur Hälfte über Partei-

und Landeslisten in einer Mischform aus Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht. Nach den jüngsten Parlamentswahlen vom Mai 2017 schafften es je zwei Parteien und zwei Wahlblöcke in die Nationalversammlung: Die 1990 gegründete und seit 1999 regierende nationalkonservative *Hajastani Hanrapetakan Kussakzutjun* (Republikanische Partei Armeniens; HHK) errang 2017 mit 49,17% der abgegebenen Stimmen 58 Sitze. Als einflussreichste und größte Parlamentspartei unter dem Vorsitz von Präsident Sargsjan (geb. 1954) besaß die HHK im Februar 2017 nach eigenen Angaben 159 301 Mitglieder, 6000 Beitrittsanträge wurden geprüft. Ideologisch verfolgt sie die Idee des *Zerakron* aus dem frühen 20. Jh., einer Art verweltlichter «Zivilreligion» (so Hans-Ulrich Wehler), die die Nation zur Religion erhebt. Als Mitglied der christdemokratischen *European People's Party Group* unterstützt die Republikanische Partei Armeniens Anpassung an europäische Gesetzgebungsstandards, geriet mit dieser proeuropäischen Orientierung aber zuletzt in Konflikt mit vermeintlichen «armenischen Traditionen», als sie die Verabschiedung eines Gesetzes gegen häusliche Gewalt durchsetzte.

Seit 1999 ist die *Haj Herapochakan Daschnakzutjun* (Armenische Revolutionäre Föderation) wieder im Parlament vertreten. Vor allem in der nahöstlichen Diaspora sowie in den USA ist diese Traditionspartei von ursprünglich sozialrevolutionärem Zuschnitt noch immer mitgliederstark und einflussreich. Seit ihrer Gründung 1890 setzt sie sich für ein «freies, unabhängiges und vereintes Armenien» ein und besteht auf einem Staatsgebiet auf der Grundlage des unratifizierten Friedensvertrages von Sèvres (1920) bzw. Wilson-Entscheides, unter Einschluss Berg Karabachs (Aserbaidshan) und Samzche-Dschawachetis (Georgien). Präsident Ter-Petrosjan ließ die schon zur Sowjetzeit stark verfolgte Partei Ende 1994 erneut verbieten, bis sein Nachfolger Robert Kotscharjan 1998 den Repressionen ein Ende setzte. Seither bildete die *Daschnakzutjun* eine zuverlässige Stütze des jeweiligen Präsidenten und koaliert, wie schon in der Vergangenheit, mit der Regierungspartei HHK, nachdem sie 2017 sieben Parlamentssitze gewann. Im Parlament Berg Karabachs hat 2017 die *Daschnakzutjun* drei von 33 Parlamentssitzen inne, im Parlament des Libanon zwei von 128 Sitzen.

Wie schon bei früheren Wahlen ging die von dem Oligarchen Gagik Zarukjan geführte konservative *Bargawadsch Hajastani Kussakzutjun* (Blühendes Armenien; BHK; gegründet 2005; 31 Sitze) als zweitstärkste Partei aus den Wahlen 2017 hervor; sie sieht sich zwar als

Opposition zur regierenden HHK, doch spricht die bisherige Erfahrung dagegen, dass sie diese Rolle auszufüllen vermag. In der öffentlichen Meinung erscheint vielmehr das liberale, proeuropäische Parteienbündnis *Jelk* (dt.: Ausweg; gegr. Dezember 2016; 9 Sitze) unter Führung des parteilosen Abgeordneten und Anwalts Edmon Manukjan (geb. 1981) als wahre Opposition.

Wahljahre und vor allem Wahlkampfzeiten haben sich in Armenien bisher als Krisenzeiten erwiesen. Auch bei den Parlamentswahlen im Mai 2017 stellten unabhängige in- und ausländische Wahlbeobachter Verstöße, darunter die Ausübung von Gewalt und die Anwendung von Druckmitteln vor allem gegen die Kandidaten und Anhänger der Opposition, fest. Außerdem warfen sie der HHK einen organisierten und weitverbreiteten Missbrauch von staatlichen Mitteln vor; die zentrale Wahlkommission habe es zudem versäumt, eine sorgfältige und umfassende Untersuchung der ihr vorgetragenen Beschwerden durchzuführen. Teilweise verlief die Wahl nicht geheim bzw. erfolgte die Stimmabgabe unter Überwachung und Kontrolle. Der freie Wählerwille sollte durch Druckmittel beeinflusst werden, unter anderem durch Bestechung, Stimmenkauf, mangelhafte Genauigkeit der Arbeit in den Bezirkswahlkommissionen, Manipulation und Beschädigung technischer Gerätschaften, durch eine spürbare Passivität der Polizei vor Ort und durch den Einsatz vorgeblicher Beobachtermissionen.

Komplementäre Außenpolitik Um seine regionale Isolation aufzubrechen, setzte Armenien seit seiner Unabhängigkeit außenpolitisch auf eine Einbindung in internationale Strukturen. 1992 wurde es Mitglied der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE; ab 1995 OSZE), 2001 des Europarats und 2003 der Welt handelsorganisation. Diese Politik wurde unter der Präsidentschaft Robert Kotscharjans (1998–2008) um die Doktrin der «komplementären Außenbeziehungen» ergänzt. Jerewan pflegt freundschaftliche Beziehungen zu so gegensätzlichen Partnern wie Russland, den USA, der NATO und dem Iran. Gleichmaßen hohe Priorität genießt die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, dem Internationalen Währungsfonds (IWF), Weltbank, EU, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), OSZE, mit dem Schwarzmeerkooperationsrat und dem Nachbarn Georgien. Mit der NATO erfolgt die Kooperation im Rahmen der *Partnerschaft für Frieden*, ohne dass eine Mitgliedschaft angestrebt wird. Armenien gehört der

GUS an, deren militärische Südflanke es bildet, und ist deshalb ein wichtiges Mitglied des Militärbündnisses *Abkommen über Kollektive Sicherheit* (CSTO). Sicherheitspolitische Erwägungen sowie die Abhängigkeit Armeniens von russischen Gaslieferungen dürften dafür ausschlaggebend gewesen sein, dass das Land Ende 2014 seinen Beitritt zur *Eurasischen Wirtschaftsunion* (EAWU) ratifizierte.

Während seiner Amtszeit (2008–2018) bemühte sich Präsident Sersch Sargsjan um normalisierte Beziehungen zur *Türkei* und *Aserbaidshan*. Beide Staaten lehnen jedoch bis heute diplomatische Beziehungen zu Armenien ab und führen seit 1989 bzw. 1993 eine anhaltende Embargopolitik sowie eine völkerrechtswidrige Blockade der Landverkehrswege durch. Aserbaidshans Präsident Ilham Alijew beharrt weiterhin darauf, dass die Selbstbestimmung von Aseris und Armeniern in Berg Karabach «nur innerhalb des Rahmens der territorialen Integrität Aserbaidshans» stattfinden kann. Ankara versteht sich entsprechend der Doktrin des 2003 verstorbenen aserbaidshanischen Präsidenten Heidar Alijew («eine Nation in zwei Staaten») als Schutzmacht Aserbaidshans.

Nach heftigen Protesten Aserbaidshans gegen die armenisch-türkische Annäherung knüpfte der damalige türkische Regierungschef Recep Erdoğan Anfang April 2009 die Grenzöffnung wieder an eine vorherige Lösung der Karabach-Frage. Dennoch kam es am 10. Oktober 2009 in Zürich zur Unterzeichnung zweier Protokolle, die die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sowie die Grenzöffnung zwischen der Türkei und Armenien in Aussicht stellten. Unmittelbar nach der Unterzeichnung versprach Erdoğan bei einem Staatsbesuch in Baku allerdings Präsident Ilham Alijew, die Türkei werde die Protokolle nur ratifizieren, falls sich die armenischen Streitkräfte aus den besetzten Gebieten Aserbaidshans zurückzögen. Die Verknüpfung der türkisch-armenischen Beziehungen mit der Lösung des Karabach-Konflikts lässt die von den damaligen Präsidenten beider Staaten – Sersch Sargsjan und Abdullah Gül – glaubhaft angestrebte Normalisierung ad infinitum scheitern. 2015 wies Präsident Sersch Sargsjan den Parlamentssprecher an, die Züricher Protokolle von der Tagesordnung der Nationalversammlung abzusetzen und annullierte sie schließlich Anfang März 2018 mit Hinweis auf die jahrelange Verschleppung der Ratifizierung durch den türkischen Gesetzgeber.

Im Vergleich dazu ist Armeniens Verhältnis zum *Iran* unkompliziert. Beide Staaten bildeten bisher eine Interessengemeinschaft der international Isolierten. Die Islamische Republik ist der Armenien

wohlgesinnte Energielieferant in der Nachbarschaft, der zudem die eigene, anspruchslose armenische Minderheit (Volkszählung 2011: 117 000 Christen, geschätzt höchstens 80 000) als Vorzeigeminorität behandelt und drei sakrale Baudenkmäler im historischen armenischen Siedlungsgebiet als Weltkulturerbe unter den Schutz der UNESCO stellte bzw. restaurieren ließ.

Offiziell gelten die Beziehungen Armeniens zu seinem nördlichen Nachbarn *Georgien* als freundschaftlich, faktisch sind sie ambivalent. Denn zum einen ist Georgien als Transitland von außerordentlicher Bedeutung für Armeniens Außenhandel und Energieversorgung mit russischem Gas, wie auch umgekehrt Armenien zum Transitland iranischer Gaslieferungen an Georgien und darüber hinaus nach Europa werden könnte, falls der russische Energiekonzern *Gazprom* mitspielt: Ihm gehören derzeit in Armenien sämtliche Pipelines. Zum anderen belastet Georgiens Reintegrationspolitik, wie die Nationalitäten- und Minderheitenpolitik dort offiziell heißt, gelegentlich auch die bilateralen Außenbeziehungen. Nach offiziellen Angaben Georgiens ist die armenische Bevölkerung, die 1989 mit 8,6 % (437 273) die größte Volksgruppe nach der Titularnation bildete, um fast die Hälfte auf 4,5 % (168 100; Zensus 2014) zurückgegangen. Bisher ist es Georgien nicht gelungen, die nach dem Massenexodus der frühen 1990er Jahre verbliebene nichtgeorgische Bevölkerung in eine Staatsnation zu integrieren. Vielmehr setzte es abwechselnd auf Methoden des Ausschlusses, der «Neutralisierung» oder Assimilation. Zu diesem Zweck wurde die zu 95 % von Armeniern bewohnte Grenzregion Dschawacheti (2589 km²) 1994 von der georgischen Regierung mit der Region Samzche zwangsvereinigt, wodurch der Armenieranteil der neuen Gebietskörperschaft auf 55 % sank. Die Region ist fast gänzlich von agrarischer Subsistenzwirtschaft und dadurch bedingt einer hohen Arbeitsmigration vor allem nach Russland geprägt. Da das georgische Staatsbürgerschaftsgesetz (2014) keine Doppelstaatszugehörigkeit erlaubt, verloren viele Einwohner mit russischen oder armenischen Pässen ihre georgische Staatszugehörigkeit.

Russland, das Anfang des 19. Jh. den Iran in seiner Vormachtstellung im östlichen Kaukasus ablöste, gilt gemeinhin als die Schutzmacht armenischer Existenz. Obwohl diese Rolle keiner historischen Prüfung standhält, prägt sie doch stark die Außenpolitik des post-sowjetischen Armenien. Im vollen Bewusstsein der Abhängigkeit unterzeichnete Ter-Petrosjan sowohl den Vertrag zur Gründung der CSTO (1992) als auch den bilateralen *Vertrag über Freundschaft*,

Zusammenarbeit und wechselseitige Unterstützung (1997). Aufgrund der türkisch-aserbaidshanischen Blockade musste Kotscharjan die Abhängigkeit von Russland auch auf die Wirtschaft ausdehnen. Russische Staatsbetriebe besitzen sowohl die größten Wärmekraftwerke Armeniens als auch das Atomkraftwerk Medsamor, das mit einem Anteil von 40% der größte Energieversorger des Landes ist. Russland unterhält zwei Militärstützpunkte in Armenien und schützt die Grenze zur Türkei; die entsprechenden armenisch-russländischen Verträge wurden 2011 bis zum Jahr 2044 verlängert. Russlands Wiederannäherung an Aserbaidshan und die Türkei sowie seine Waffenlieferungen an Baku haben in Armenien 2016 eine tiefe Vertrauenskrise gegenüber der bisherigen Russlandpolitik von Präsident Sersch Sargsjan ausgelöst.

Das Interesse der USA an Armenien beschränkt sich auf die Sicherung internationaler Energietransportwege und Energiegewinnung. Unter den Präsidentschaften Barack Obamas und Donald Trumps blieb die Südkaukasus-Politik der USA weitgehend passiv bzw. überließ die Region Russland. Armenien ist der US-geführten Anti-Terror-Koalition beigetreten und hat seinen Luftraum für entsprechende Operationen der USA zur Verfügung gestellt. Dass die USA zu den bedeutenden Geberstaaten in Armenien und Berg Karabach gehören, ist vor allem der Vermittlung der armenischen Diaspora und ihrer teilweise konkurrierenden Dachorganisationen zu verdanken, der *Armenian Assembly of America* (AAA) sowie dem *Armenian National Committee of America* (ANCA). Allerdings ist unter Präsident Obama die Hilfe für Armenien kontinuierlich um mehr als die Hälfte auf 23,5 Mio. USD (2016) gekürzt worden; sie liegt jedoch immer noch doppelt so hoch wie die Hilfe für Aserbaidshan (11,2 Mio. USD). Wie seine Amtsvorgänger hat auch Präsident Trump am *Armenian Remembrance Day* (24. April 2017) eine Grußbotschaft an die armenische Gemeinschaft der USA entrichtet. Der Gedenktag markiert die Massenfestnahme wegen des Verdachts auf Landesverrat, die Deportation und Internierung der geistlichen sowie geistigen Elite als Beginn des Völkermordes des jungtürkischen Regimes an der armenischen Bevölkerung des Osmanischen Reiches. Mit Ausnahme von acht Deportierten wurden ab Ende April 1915 über 2000 aus der Hauptstadt Konstantinopel Verschleppte in den folgenden Monaten außergerichtlich ermordet. In den USA erhob das Repräsentantenhaus 1975 den Gedenktag zum *National Day of Remembrance of Man's Inhumanity to Man*, ohne dass sich der Senat

anschluss. 1987 soll die US-Regierung der Türkei verbindlich zugesichert haben, sämtliche Parlamentsresolutionen zur Anerkennung des Genozids zu blockieren. Mit Ausnahme von Präsident Ronald Reagan vermieden bisher alle Präsidenten der USA in ihren Jahresbotschaften den juristisch qualifizierenden Begriff «Völkermord», der von Obama und Trump stattdessen mit dem historischen armenischen Begriff «Mets Jerern» (Großes Verbrechen, Frevel) umschrieben wurde.

Bis 2003 hatte sich die *Europäische Union* kaum im Südkaukasus engagiert. Die internationalen Bemühungen zur Konfliktbeilegung in Berg Karabach überlässt die EU weiterhin der OSZE. Verglichen mit Russland und den USA bleibt auch das finanzielle Engagement der EU in Armenien gering. Allerdings verleiht ihr diese Zurückhaltung das Image des «ehrlichen Maklers», der unbeeinträchtigt von der russisch-amerikanischen Rivalität etliche Instrumente anzubieten vermag. So hat die Europäische Kommission Armenien in ihre *Europäische Nachbarschaftspolitik* (ENP) aufgenommen, mit der sie zivilgesellschaftliche und staatspolitische Grundsätze der Gemeinschaft auch auf Armenien ausdehnen will. Sie hat auch mit dem Südkaukasus-Staat über ein Assoziierungsabkommen mit einer *vertieften und umfassenden Freihandelszone* (DCFTA) als einem integralen Bestandteil verhandelt, bis sich das Land 2014 alternativ für einen Beitritt zur Eurasischen Wirtschaftsunion Russlands entschied.

[...]

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de